



metallforderung

EINE GERECHT FINANZIERTER INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR DIE TRANSFORMATION

Für eine mutige Investitionspolitik

Die Corona-Krise hat einmal mehr offengelegt, wie mangelhaft die öffentliche Infrastruktur ist – ganz zu schweigen vom stockenden Aufbau neuer Infrastrukturen. Auf die Herausforderungen der Transformation sind wir so nicht vorbereitet. Gesellschaft und Industrie brauchen eine mutige Investitionsoffensive. Die Finanzierungsbedingungen dafür sind gut.

Der EU-Vergleich ist wenig schmeichelhaft; Deutschland rangiert bei den zwischen 2000 und 2017 je Einwohner investierten öffentlichen Geldern im unteren Drittel. Die gesamtstaatlichen Nettoanlageinvestitionen liegen seit Jahren bei nahe null, die kommunalen sind weiterhin negativ. Klar sollte aber sein: Für das kommende Jahrzehnt ist es nicht ausreichend, das bestehende Niveau der Infrastruktur zu erhalten. Wir brauchen vielmehr einen drastischen Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen: Sei es der Ausbau der Bahninfrastruktur und der Wasserwege, die Digitalisierung von Bildung und Verwaltung oder Impulse für den auch privaten Ausbau von Energie- und Dateninfrastruktur – die Mängelliste ist lang.

Und diese Mängel schaden breiten Bevölkerungsschichten – sie sind auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Es sind zudem auch ihre Jobs, die wegfallen, wenn Infrastrukturmängel Unternehmen die Gründe liefern abzuwandern. Dabei sollte bedacht werden: Öffentliche Investitionen führen zu höheren privaten Investitionen und sichern damit Jobs. Im Kern bedroht das Investitionsdefizit den Wohlstand der Beschäftigten in Deutschland. Infrastrukturinvestitionen sind Voraussetzung für die Teilhabe der Menschen in allen Regionen und für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

67%

der Kommunen sehen mindestens einen „nennenswerten“ Investitionsrückstand über alle Infrastrukturbereiche.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021

Zwar stimmt, dass sich das Investitionsvolumen in Deutschland seit 2015 deutlich erhöht hat. Allerdings: Schreibt man den Trend der letzten Jahre fort, ergäben sich preisbereinigt bis 2030 im Vergleich zu 2019 zwar Mehrinvestitionen in Höhe von 225 Mrd. Euro. Der Bedarf für diesen Zeitraum ist aber viel höher. Das arbeitgebernahe IW und das IMK in der Hans-Böckler-Stiftung veranschlagen in ihren Berechnungen einen Bedarf in Höhe von mindestens 450 Mrd. Euro.

Das Investitionsgeschehen muss sich also beschleunigen – und es kann sich beschleunigen. Allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen: Erstens, die Planungs- und Baukapazitäten insbesondere auf kommunaler Ebene müssen deutlich ausgeweitet werden. Die Umsetzung von Infrastrukturprojekten gelingt oft nur langsam, selbst wenn Gelder vorhanden sind.

47 Mrd. Euro

Auf diese Zahl summiert sich der Investitionsrückstand der Kommunen im Jahr 2020 – allein im Bereich „Schulen“!

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021

Zweitens müssen die Schuldenbremsen von Bund und Ländern reformiert werden. Nur so entsteht ausreichend Spielraum für öffentliche Investitionen. Das notwendige Investitionsvolumen darf nicht an der schwarzen Null scheitern, denn auch künftige Generationen profitieren davon und sollten an der Finanzierung beteiligt werden. Von der konjunkturellen Entwicklung unabhängige, sogenannte nicht investive Staatsausgaben (z. B. Personalausgaben) sollten mit einer Ausgabenregel verstetigt werden. Zu einer solchen Reform der Fiskalregeln würde auch eine Harmonisierung zwischen deutschen und europäischen Regeln über öffentliche Ausgaben und Verschuldung gehören.

FAIRWANDEL

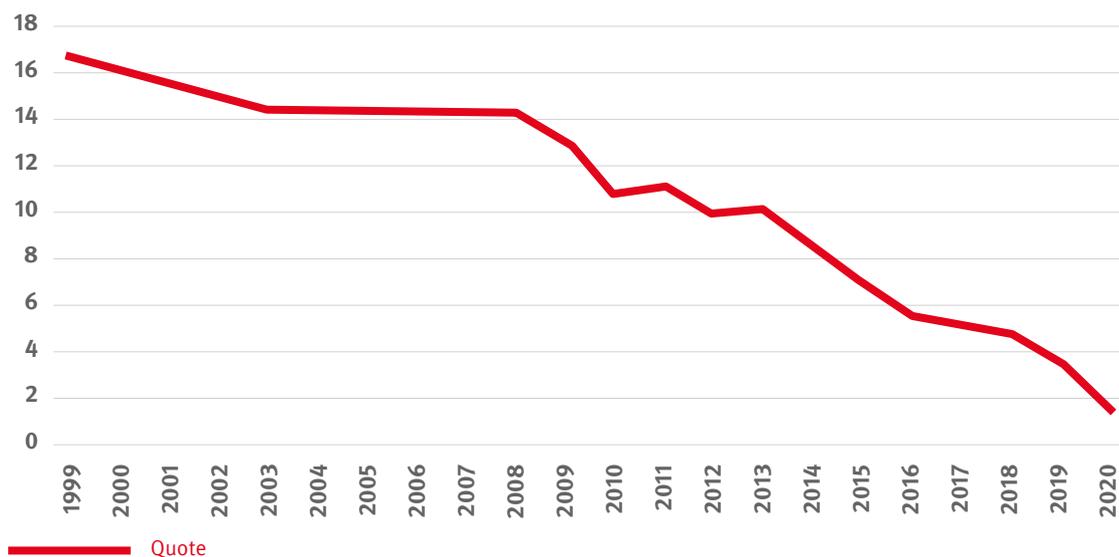
Wahl 21



Höhere Schulden sind dabei kein Problem: Die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zinsen sinkt gemessen am Bruttoinlandsprodukt seit den 1990er Jahren. Die Zinsen sind auch weiterhin gering und deutlich geringer als die zu erwartenden Renditen öffentlicher Investitionen. Höhere Schuldenstände verbauen künftigen Generationen nicht die Zukunft – sie ebnen ihnen die Zukunft.

Drittens muss ein Großteil der Investitionen auf kommunaler Ebene erfolgen. Schon seit Jahren entwickeln sich Kommunen in Bezug auf ihr Investitionsverhalten systematisch auseinander. Die Länder müssen die Altschulden von überschuldeten Kommunen unter Mithilfe des Bundes übernehmen, um regionalen Ungleichgewichten entgegenzuwirken.

Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes, in Prozent



Quelle: eigene Darstellung nach BMF

Höhere Schulden sind kein Problem: Die Entwicklung der Zinsausgaben eröffnet Spielräume.



Die IG Metall fordert

- ▶ eine Abkehr von der schwarzen Null sowie Abschaffung oder Reform der Schuldenbremsen von Bund und Ländern
- ▶ einen deutlichen Anstieg des Investitionsvolumens in die öffentliche Infrastruktur – beispielsweise die Wasserstoff- und Bahninfrastruktur, ebenso aber auch in Schulen und das Gesundheitswesen
- ▶ einen Ausbau der Planungs- und Baukapazitäten, insbesondere auf kommunaler Ebene. Zudem: Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
- ▶ die Übernahme der Altschulden überschuldeter Kommunen durch die Länder unter Mithilfe des Bundes

